



# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit**,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
<b>Gegen den Ansturm der Reaktion.</b>	17	schaften gegen einen technischen Aufsichts-	22
<b>Gesetzgebung und Verwaltung.</b> Giesbers in das Reichswirtschaftsamt berufen	19	<b>Lohnbewegungen.</b> Feuerprobe des neuen holländischen Transportarbeiterverbandes	23
<b>Statistik und Lohnbewegungen.</b> Lohnsteigerungen und Lebensmittelpreise in Rußland	19	<b>Anderc Organisationen.</b> Steiger und Industriebeamte	24
<b>Kriegsfürsorge.</b> Prämien für Lehmeister von Kriegsbeschädigten	20	<b>Mitteilungen.</b> Duttung der Generalkommission. — Unterstützungsbereinigung	24
<b>Arbeiterbewegung.</b> Aus den deutschen Gewerkschaften	21	<b>Literarisches.</b> Neuerschienene Bücher und Schriften	24
<b>Arbeiterversicherung.</b> Besremliches Vorgehen des Verbandes der deutschen Berufsge nossen		Hierzu: <b>Arbeiterrechtsbeilage Nr. 1.</b>	

### Gegen den Ansturm der Reaktion.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß jene reaktiönäre Welle, der Bethmann Hollweg zum Opfer fiel, seit seinem Niedtritt immer größere Dimensionen angenommen hat. Bethmann hatte noch den Mut, gegen die Finsterlinge anzukämpfen, die dem Volke die vollen Bürgerrechte vorenthalten, den breiten Massen aber die Pflicht zuweisen möchten, sich für die kapitalistischen Profitmacher zu Krüppeln schlagen zu lassen, um als Lohn dafür Hohn und neuerdings gar noch Prügel zu ernten. Aber seit dem Juli 1917 wittern diese Herrschaften Morgenluft, denn man hat ihnen freie Bahn gelassen, und mehr noch, der staatsbehörbliche Apparat stand ihnen in vielen Fällen zur Verfügung. Die Gründung der Vaterlandspartei war nicht der Anfang, sie bezeichnete vielmehr einen neuen Abschnitt dieser Bewegung, die nunmehr unter der Protektion von sehr einflußreichen Kreisen die Agitation offen betreiben konnte, die sich vorher feige in geheimen Denkschriften auszotbte und die Methoden der Buschklepper in das öffentliche Leben zu tragen bestrebt war.

Auch darüber konnte die Öffentlichkeit bereits Klarheit gewinnen, daß die „Vaterlandspartei“ nicht um das Ansehen und die Sicherheit des Deutschen Reiches besonders besorgt ist, sondern daß es ihr in erster Linie um die Aufrechterhaltung der Privilegiertenherrschaft im Innern zu tun ist. Sie propagiert den Vernichtungskrieg gegen die äußeren Feinde, um fremde Völker zu unterjochen; das entspricht vollauf ihren Methoden in der inneren Politik. In der „Vaterlandspartei“ finden sich unter Führung der Alideutschen jene Kreise zusammen, die gegen die innere Neuorientierung sind und die überhaupt erst ihre auslandspolitischen Ziele und Sorgen entdeckten, nachdem Bethmann das Wort von der Neuorientierung ausgesprochen hatte.

Wer den wirklichen Charakter der „Vaterlandspartei“ kennen zu lernen wünscht, dem bietet ihre Berliner Versammlung vom 7. d. M. ein reiches Anschauungsmaterial. Unter Zusage der Redefreiheit hatte sie die Mitglieder des „Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ zu der Versammlung eingeladen, aber anstatt der versprochenen Redefreiheit wurden die Kriegsstrüppel

mit Häuten, Stöcken und Schirmen traktiert und zum Saale hinausgejagt. Der Vorstand des Bundes veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ über die Vorgänge folgende Erklärung:

„Durch den Generalsekretär der „Deutschen Vaterlandspartei“, Herrn Agel Ripke, waren Mitglieder des parteipolitisch neutralen Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer zu der am Montag stattgehabten Versammlung der Vaterlandspartei im Lehrervereinshaus eingeladen worden, und zwar unter ausdrücklicher Zusicherung der Redefreiheit. Den Erschienenen dagegen ist das Wort unter Berufung auf polizeiliche Bestimmungen verweigert worden.

Die Unruhe in der Versammlung entstand, als der erste Referent der Vaterlandspartei, Abgeordneter Fuhrmann, die anwesenden Kriegsbeschädigten als Deserteure verdächtigte, „die Hindenburgs und Ludendorffs Fahnen verlassen hätten, um ihren kämpfenden Kameraden an der Front in den Rücken zu fallen.“ Als ein Vertreter unseres Bundes gegen diese ungeheuerliche Herabsetzung protestierte, wurde er unter körperlichen Mißhandlungen aus dem Saal entfernt.

Weitere Unruhen setzten ein, als Kriegsbeschädigte, die durchaus parlamentarische Zwischenrufe taten, in roher Weise und ohne Rücksicht auf ihre im Dienst des Vaterlandes erlittenen Verletzungen mit Stöcken geschlagen und gestoßen wurden. Diese Mißachtung der verwundeten ehemaligen Krieger führte dazu, daß nicht nur die Mitglieder unseres Bundes, sondern auch zahlreiche andere, unserem Bunde nicht angehörige Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte den Saal verließen. Uns haben selbst der Vaterlandspartei angehörige Kriegsbeschädigte ihre Empörung über die Mißhandlung ihrer zu Gaste geladenen Kriegs- und Leidenskameraden ausgesprochen.

Wir protestieren vor der Öffentlichkeit gegen die rohe Mißhandlung Kriegsbeschädigter durch Anhänger einer Partei, die sich „Vaterlandspartei“ nennt.

Hochachtungsvoll

Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

S. A.:

Ruttner.“

6. daß der Genuß von alkoholischen Getränken und das Rauchen verboten wird;

7. daß bei schweren Erkrankungen sofort künstliche Sauerstoffatmung eingeleitet wird;

8. daß die zum Verkauf und zur Aufbewahrung gesundheitschädlicher und feuergefährlicher Schiffsfarben dienenden Behälter mit einer dichten Verschlussvorrichtung und mit einer die Gefährlichkeit des Inhaltes kennzeichnenden Warnung versehen sind.

Als gesundheitschädlich würden die Anstrichmittel zu gelten haben, die mit niedrig siedenden Destillations-erzeugnissen des Petroleums, des leichten Steinkohlenteers, mit Terpentinöl, Schwefelkohlenstoff und ähnlichen Substanzen hergestellt sind.

Arbeiter unter 18 Jahren und Arbeiterinnen sind von der Beschäftigung mit schnelltrochnenden Farben auszuschließen.

Als Erfolg versprechend kann auch die Einführung einer Anzeigepflicht für Ärzte beim Vorliegen gewerblicher Kohlenwasserstoff- und ähnlicher Vergiftungen angesehen werden. Die in Sachsen seit 1901 für gewerbliche Bleivergiftungen bestehende und seit 1907 auch auf andere gewerbliche Vergiftungen ausgedehnte Anzeigepflicht soll sich sehr bewährt haben.

Alle die genannten Maßnahmen werden aber nur dann Erfolg haben, wenn auch der Arbeiter selbst sein Möglichstes tut, um keinen Schaden zu erleiden. Mit anderen Worten: Der Arbeiter muß den Unternehmer und die Behörden in ihrem Bestreben unterstützen, die Vergiftungsgefahren auf ein Minimum zu beschränken.

Inzwischen eingetretene weitere Unglücksfälle — darunter recht schwerer Art — haben den Verband der Maler usw. im Juli d. J. zu einer erneuten Eingabe an die zuständigen Reichsbehörden veranlaßt. Ueber die darin mitgeteilten Tatsachen schweben zurzeit noch die amtlichen Ermittlungen.

Otto Streine.

## Genossenschaftliches.

### Erklärung.

Die „Handlungsgehilfen-Zeitung“, das Organ des Centralverbandes der Handlungsgehilfen, richtet in seiner Nr. 26 vom 19. Dezember dieses Jahres einen scharfen Angriff gegen den Centralverband deutscher Konsumvereine, weil er angeblich nichts Ernsthaftes getan habe, um einen kriegsbeschädigten Lagerhalter in einen genossenschaftlichen Betrieb unterzubringen. Der Angriff entbehrt jeder Begründung, wie folgender Sachverhalt ergibt.

Zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Centralverband deutscher Konsumvereine ist unterm 4. Februar 1916 eine Vereinbarung zwecks Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer aus genossenschaftlichen Betrieben getroffen. Auf Grund dieser Vereinbarung hat im März 1917 der Lagerhalter S. seine Wiedereinstellung in den Konsumverein Gera-Debschwitz verlangt. Er war im Mai 1916 an der rechten Hand verwundet und am 4. März 1917 als geheilt entlassen worden. Der Konsumverein Gera-Debschwitz erklärte, den Lagerhalter S. nicht einstellen zu können. Der Centralverband der Handlungsgehilfen rief nunmehr das Tarifamt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine an. Dieses beschloß, durch zwei Sachverständige untersuchen zu lassen, ob S. seinen früheren Posten auszufüllen in der Lage sei oder ob er sonst im genossenschaftlichen Betrieb verwendet werden könne. Der Bericht der

Sachverständigen ist unter dem 15. Oktober erstattet. Das Tarifamt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 20. ds. Mts. in Hamburg eine Sitzung ab, in der auch die Beschwerde des Lagerhalters S. zur Verhandlung stand. Das war auch dem Vorstand des Centralverbandes der Handlungsgehilfen bekannt, dessen Vorsitzender zu der Sitzung des Tarifamtes eingeladen war. Ohne die Entscheidung des Tarifamtes, daß die Durchführung der oben erwähnten, zum Schutze der Kriegsteilnehmer und kriegsbeschädigten getroffenen Vereinbarung zu überwachen hat, abzuwarten, hielt die Redaktion der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ es für angebracht, den Fall S. agitatorisch zu behandeln. Es wird behauptet, der Centralverband deutscher Konsumvereine hätte sich in diesem Fall ganz unzulänglich benommen. Er zeige sich lediglich als theoretisch vom sozialen Geist erfüllt und kümmerle sich in der Praxis so gut wie gar nicht darum, ob die Vereinbarung auch in die Tat umgesetzt werde. Man habe den Eindruck, als ob alles, was hier seitens des Centralverbandes deutscher Konsumvereine geschehen sei, nur pro forma gemacht wurde, weil man nicht anders konnte, daß aber der ernste Wille gefehlt habe, die Vereinbarung vom 4. Februar 1916 in die Tat umzusetzen. Zum Schluß wird dann noch gedroht, daß der Centralverband der Handlungsgehilfen in eine energische Aufklärungsarbeit eintreten müsse, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was hinter dem sozialpolitischen Getreibe und Geschreibsel des Centralverbandes deutscher Konsumvereine stecke.

Das Tarifamt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine hat in seiner Sitzung vom 20. Dezember einstimmig beschlossen, daß der Konsumverein Gera-Debschwitz sich nicht ausreichend um die Unterbringung des früheren Angestellten bemüht habe und daß er gemäß § 4 der zwischen dem Centralvorstand deutscher Konsumvereine und der Generalkommission getroffenen Abmachungen Anstalten treffen müsse, den Mann einzustellen. Es wird zunächst abgewartet werden müssen, ob der Konsumverein Gera-Debschwitz sich dem Beschlusse des Tarifamtes fügt.

Das Tarifamt hat auch zu dem Angriff der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ Stellung genommen und das Vorgehen des Blattes einmütig verurteilt. Auch der antworfende Vorsitzende des Handlungsgehilfenverbandes mußte zugeben, daß der Angriff unberechtigt ist. Ueber die Durchführung der tariflichen Vereinbarungen entscheidet nicht der Centralverband deutscher Konsumvereine, sondern das gleiche Teilen aus Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertretern bestehende Tarifamt.

Festgestellt werden muß, daß bisher nur eine einzige Beschwerde wegen Nichteinhaltung der Vereinbarung vom 4. Februar 1916 an das Tarifamt gelangt ist, es ist dies der Fall des Lagerhalters S. Bei der großen Zahl der zur Wiedereinstellung gelangten Kriegsteilnehmer kann man wohl mit Recht behaupten, daß die Genossenschaften die Vereinbarung vom 4. Februar 1916 gewissenhaft zu erfüllen bestrebt sind.

Hamburg, den 21. Dezember 1917.

Das Tarifamt des  
Centralverbandes deutscher Konsumvereine.

gez. Heinrich Lorenz, gez. Hans Dreher,  
gez. Gustav Bauer.

Höher geht es nimmer mehr. Daheimkrieger, die die Leiden der Soldaten nur von Hörensagen kennen, dürfen es sich in der Hauptstadt des Reiches herausnehmen, Männer zu verprügeln, die ihre geliebten Glieder dem Vaterlande opferten und daher der heimatischen Noheit feiger Memmen schublos preisgegeben waren. Und was soll man zu dem Erwählten des Dreiklassenwahlrechts, dem Vertrauensmann der großindustriellen Kriegsgewinnler, Herrn Fuhrmann, sagen, der die einäugigen, einbeinigen und einarmigen Kriegsoffer als „Deserteure“ beschimpfte! Bei solcher Führerqualität werden die von den Geführten arrangierten Noheitsorgien schließlich verständlich.

Dieser Vorgang ist leider nicht als eine bedauerliche Entgleisung in einem Einzelfalle zu bemerken, denn er entspricht vollauf dem bisherigen Auftreten der Vaterlandsparteiler. Die Wortverweigerung und Beschimpfung praktizieren sie seit Anfang gegenüber politischen Gegnern; die übelsten Sitten der einstigen Antisemitensammlungen leben in der Vaterlandspartei wieder auf und die politische Tendenz, der diese Versammlungen dienen, ist die der schwärzesten Reaktion. Wie der Zweck, so die Mittel.

Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland durch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen eine dringende Notwendigkeit war, dann wurde er durch jenen Feldzug der Daheimkrieger gegen die Kriegskrüppel erbracht. Gewiß ist die Bekämpfung der politischen Reaktion auch eine Aufgabe der politischen Parteien der Demokratie. Aber mit Ausnahme der sozialdemokratischen Mehrheitspartei wurde von den Parteien der Reichstagsmehrheit nicht viel zur Abweisung der Annahmen der Vaterlandsparteiler getan, und die Leistungen der „unabhängigen“ Sozialisten erschöpften sich in einer unausgesetzten Förderung der Ziele der Reaktion. Viele Volkselemente, die mit den innerpolitischen Zielen der Vaterlandsparteiler nicht identifiziert werden wollen, sind in jenes Fahrwasser getrieben worden, weil sie sich von der Propaganda der Vaterlandspartei günstige Wirkungen für die Vaterlandsverteidigung versprochen. Diesem Irrtum konnten sie nur verfallen, weil sie die innerpolitischen Tendenzen der als Vaterlandsparteiler verkleideten Alldeutschen nicht sahen, sondern sich von dem parteilosen Gewand dieser organisatorischen Sammlung der inneren Reaktion täuschen ließen. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten aber, deren Angehörige in erster Linie von den politischen Zielen der Alldeutschen betroffen werden, konnten und durften der Gefahr nicht tatenlos zusehen, und sie sind noch in höherem Maße als die politischen Parteien der Demokratie befähigt, eine Volksbewegung zu entfesseln, die das nationale Ziel eines ehrenvollen baldigen Friedens auf ihre Fahne schreibt, die reaktionäre Unterdrückungspolitik im Innern und nach außen aber ablehnt.

Ueber diese Ziele des Volksbundes Klarheit zu schaffen, war die von ihm am 7. Januar im Saale des preussischen Abgeordnetenhauses veranstaltete Kundgebung geeignet. Der Zufall wollte es, daß sie zeitlich mit der Demonstration der Vaterlandspartei gegen die Kriegskrüppel zusammenfiel, aber dieser mehr äußerliche Umstand verbarg doch einen starken realpolitischen inneren Kern. Die programmatische Einleitung, die Geheimrat Professor Troeltsch der ersten großen Kundgebung des Volksbundes gab, zeigte in scharfen Umrissen den Unterschied der beiden Strömungen im öffentlichen Leben Deutschlands.

Professor Troeltsch wies darauf hin, daß die westlichen Gegner noch mit den Zielen beschäftigt sind, die durch den Suchomlinowprozeß und die russischen Geheimakten aufgedeckt wurden; demgegenüber seien uns Ehre, Freiheit und zukünftige Entwicklung des Vaterlandes jedes Opfer wert. Hier gäbe es keine Müdigkeit und keine Flaueheit. Aber ebenso klar sei, daß der einmal kommende Friede nicht durch das Schwert diktiert werden könne, weil der Gegenstand des Krieges nach dieser Seite unsere Welt handelsstellung und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz sei. Diese Frage könne nur durch Verträge und nicht durch Besetzungen und Annexionen gelöst werden. Gewalttätige Annexionen vermögen die wirtschaftliche Sicherstellung nicht zu leisten, sie erschweren vielmehr den Vertragsfrieden und begünstigen Freudenta und Revanchekriege. Ein Vertragsfriede ist jedoch nicht möglich ohne Vertragsgesinnung, die nicht in Sentimentalität und allgemeinem Pazifismus zu bestehen brauche, aber die Macht- und Gewalttheorie als die alleinige politische Lehre und das absolute Mißtrauen als die einzige politische Weisheit preisgeben müsse. Die moderne Staatenwelt braucht zu ihrer Existenz neben den nötigen Machtsicherungen notwendig auch den Vertragswillen und das Vertrauen und sie verlangt die moralische Anerkennung der Würde und Freiheit der Staaten und Nationen ebenso wie die der einzelnen Menschen. Wir wollen eine Gemeinschaft von Staaten, die gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achten und dies künftig auch bereitwilliger als bisher durch Verhandlungen und Verständigung tun. Das ist keine Bescheidenheit, sondern höchstes Selbstgefühl, keine Schwäche und kein Ermüdungszeichen, sondern heilige Ueberzeugung. Die Schwäche liege vielmehr in den immer neuen Regierungskrisen und in den Mienen, die der Politik unserer Regierung durch maßlose Forderungen im eigenen Volke gelegt werden. Und wie der Redner seine Ausführungen mit der Darlegung der Notwendigkeit des freiheitlichen Ausbaues im Innern, um die Ziele nach außen erreichen zu können, begonnen hatte, so faßte er am Schluß das grundlegende Programm des Bundes dahin zusammen: „Freiheit und Vaterland, keines gegen das andere, eines durch das andere und eines für das andere.“

Als zweiter Redner zeichnete Legien mit kräftigen Strichen die reaktionären Tendenzen des sogenannten „deutschen Friedens“, des Annexionsfriedens, der keinen wirklichen Frieden, sondern nur einen zeitweiligen Waffenstillstand mit unerhörten militärischen Rüstungen bringen und Deutschland der Militärdiktatur näher führen würde, als der ersehnten freiheitlichen Neuorientierung. Kein Zufall sei es, daß die Annexionisten fast geschlossen zur politischen Reaktion gehören, die sich jedem freiheitlichen Fortschritt in Deutschland in den Weg stellt, und jetzt eifrigst daran ist, die Wahlrechtsvorlage der Regierung und der Krone zu Fall zu bringen. Die deutsche Arbeiterklasse wolle keine innere Katastrophe, aber die anderen Kreise dürfen sich nicht über die ungeliebte, nur mühsam verhaltene Spannung des Volkes hinwegtäuschen. Vor allem sollte das Abgeordnetenhaus diese Spannung nicht durch Verschleppungsmanöver oder gar durch Ablehnung der Reform zur Explosion bringen.

Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften erörterte in eindrucksvoller Rede den Gedanken des Vertragsfriedens weiter. Die Gewaltpolitik müsse nach außen wie im innerpolitischen Leben ausgefaltet werden. Wir wollen mehr

als Siedlungsland im Osten oder Gebietserweiterungen im Westen, wir wollen die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes sichergestellt wissen, was weder durch die englische noch durch eine deutsche Welt Herrschaft geschehen könnte, sondern nur im Wege der politischen Verständigung.

Die folgende von Professor E. Franke vorgelesene Resolution, in der die Ziele des Bundes kurz zusammengefaßt sind, fand einmütige Annahme:

„Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Waffenrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingeleiteten freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schnelle Durchführung des gleichen, direkten, geheimen, allgemeinen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus und eine vollständige Reform des Herrenhauses in Preußen. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einheit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reich die Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern gesetzlich geordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeführt werden.

Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzichtsfrieden ebenso entschieden ab wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künstiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarenden Grenzverschiebungen, von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen absteht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahr. Jeder Friede, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechts und der Sittlichkeit gewährleisten.

In diesen Forderungen weiß sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes.“

Der Volksbund umfaßt bereits die wirtschaftlichen Organisationen von fast vier Millionen Arbeitern und Angestellten, ihm strömen täglich zahlreiche neue Mitglieder aus allen Kreisen des Volkes zu, die gleich uns von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß nur eine festgefügte Phalanx aller freiheitlich gesinnten Elemente die Gefahr bannen kann, die dem Reiche durch die alldeutschen Treibereien der Vaterlandspartei droht. Diese Partei zersplittert unser Volk in der letzten Phase des ungeheuerlichsten aller Kriege, weil ihre Ziele im Innern die Entrechtung und Unterdrückung der breiten Massen bezwecken, und sie verlängert den Krieg durch maßlose Forderungen, die die Unterjochung anderer Völker zum Ziele haben. Gegen diesen Ansturm der Reaktion das deutsche Volk zu mobilisieren, ist eine der brennendsten Aufgaben der Gegenwart, soll die freiheitliche Entwicklung im

Innern nicht gefährdet und der Krieg nicht bis zum Weißbluten unseres Volkes verlängert werden.

Daß unsere Gewerkschaften an dem Kampfe gegen die Reaktion den entschiedensten Anteil nehmen werden, ist selbstverständlich, denn um ihre Zukunft, um die Zukunft der Arbeiterklasse handelt es sich dabei in besonderem Maße. Jene Kreise, die die Kriegskrüppel aus ihrer Versammlung prügelten, sind Gegner des freien Koalitionsrechts, des freien Wahlrechts, des Ausbaues der sozialen Reform. Ihr Ideal ist die brutale Herrschaft der Schrot- und Schlotjunker und die Niederhaltung der freien Regungen des Volkes. Deshalb lehnen sie sich auch gegen die Krone auf, weil diese gesonnen ist, aus den Erfahrungen des Krieges die einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen. Solange aber Krone und Regierung zu einer Verständigungspolitik im Innern wie nach außen entschlossen sind, darf auch kein Zweifel darüber aufkommen, daß sie die Volksmassen hinter sich haben. Deshalb gibt es nur eine Parole: Gegen die Reaktion, für den Frieden!

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Giesberts in das Reichswirtschaftsamt berufen.

Der Reichstagsabgeordnete Giesberts (Ctr.) ist als sachmännischer Berater des Staatssekretärs in das Reichswirtschaftsamt berufen worden. Seine Aufgaben dort liegen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und er wird zweifellos der Arbeiterchaft manchen wertvollen Dienst leisten können, wenn er sich mit der nötigen Energie der Arbeiterinteressen annimmt.

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Lohnsteigerungen und Lebensmittelpreise in Rußland.

Alle Welt weiß, daß die Arbeiterlöhne in Rußland seit der Revolution enorm gestiegen sind. Das verkünden die bürgerlichen Blätter mit beharrlichem Eifer. Diese Mitteilungen sind indessen — abgesehen von Uebertreibungen — außerordentlich einseitig. Sie vergessen gewöhnlich, daß die Lohnsteigerungen nicht alle Berufe und Beschäftigungen betrifft haben. Ganz abnorme Lohnunterschiede bestehen an jedem einzelnen Ort und zu gleicher Zeit. Dann sind die Löhne, die in verschiedenen Gegenden bestehen, in schreiendes Mißverhältnis zueinander geraten. Das wirtschaftliche Durcheinander hat gerade die Entlohnung der Arbeiter am meisten einer sicheren Grundlage beraubt. Das wichtigste aber ist, daß die Lebensmittelpreise dermaßen gestiegen sind, daß keine Lohnsteigerung imstande ist, dieser sprunghaften, vollkommen unregelmäßigen Entwicklung zu folgen.

Einiges Licht in diese Verhältnisse wirft eine von dem Moskauer sozialdemokratischen Blatt „Wperjod“ veröffentlichte Statistik über Löhne und Lebensmittelpreise in Moskau. Die Moskauer Zustände sind in dieser Beziehung vielleicht charakteristischer als der Stand in jeder anderen russischen Stadt: sie repräsentieren wohl den Durchschnitt, wie auch Moskau selbst so ziemlich im Mittelpunkt des europäischen Rußland. Die Zahlen sind der Statistik der Moskauer Arbeitsbörse und der zentralen Einigungskammer beim Moskauer Kommissar des Arbeitsministeriums entnommen. Sie zeigen die Schwankungen des Lohnes beim Kriegs-

ausbruch, also im russischen Juli (der Krieg ist nach dem russischen Kalender am 19. Juli 1914 ausgebrochen), dann im Juli 1916 und im August 1917. Danach betragen die Tageslöhne (in Rubeln zu 2,16 Mk.) für:

	Juli 1914	Juli 1916	Aug. 1917
Zimmerer u. Tischler	1,60—2,60	4,00—6,00	8,50
Erdarbeiter	1,30—1,50	3,00—3,50	—
Maurer	1,70—2,35	4,00—6,00	8,00
Maler	1,80—2,20	3,00—5,50	8,00
Schmiede	1,00—2,25	4,00—5,00	8,50
Töpfer	1,50—2,00	4,00—5,50	7,50
Schlosser	0,90—2,00	3,50—6,00	9,00
Ungelernte Arbeiter	1,00—1,50	2,50—4,50	8,00

Im Durchschnitt erhöhte sich der Lohn in den drei Jahren für die angeführten Berufsgruppen um 515 Proz. Während der gleichen Zeitperiode stieg aber der Durchschnitt der wichtigsten Lebensmittelpreise um 566 Proz., also der Lebensunterhalt ist nicht leichter, sondern schwieriger geworden. Berücksichtigen wir die niedrige Höhe der Löhne im Juli 1914, so müssen wir feststellen, daß trotz der erheblichen Lohnsteigerungen die materielle Lage der Moskauer Arbeiterschaft, infolge der großen Verteuerung der Lebensmittelpreise, sich bedenklich verschlimmern mußte. War das Lebensniveau der russischen Arbeiter früher nicht hoch, so ist es, da die Kaufkraft des Geldes so viel verloren hat, unter den Kriegswirkungen noch mehr gesunken. In diesem Lichte müssen daher die Beschuldigungen der Unternehmer und ihrer Organe gesehen werden.

Im einzelnen sind die Steigerungen der wichtigsten Lebensmittelpreise aus der folgenden Statistik des Moskauer Stadtkameres zu ersehen. Die Preise betragen in Kopeken (10 Kopeken gleich 21,6 Pf.) für 1 russisches Pfund (400 Gramm):

	Aug. 1914	Aug. 1917	Steiger. i. %
Woggenbrot	21½	12	380
Weißbrot	5	20	300
Rindfleisch	22	110	400
Kalb- fleisch	26	215	727
Schweinefleisch	23	200	770
Heringe (1 Stück)	6	52	767
Käse	40	350	775
Butter	48	320	567
Eier (10 Stück)	30	160	433
Milch (1 Flasche)	7	40	471

So stark sind die Lebensmittelpreise gestiegen. Das schwerwiegendste Moment aber ist der Stand der Preise für Industrieprodukte. Ausland ist ein industriearmes Land. Dazu kam noch, daß das, was es an Industrie besitzt, in den Dienst des Krieges gestellt wurde. Dadurch ist eine Not an Industrieartikeln entstanden, die sich bereits seit zwei Jahren außerordentlich schmerzhaft fühlbar macht. Auf diese Warennot ist vielleicht auch die Lebensmittelkalamität zum großen Teil — wenigstens in ihrer Anfangszeit — zurückzuführen. Die Bauern, die keine Industriewaren für ihr Geld erhalten konnten und können, sollen die Landesprodukte zurückhalten und sogar verderben lassen, um sie nicht aus der Hand zu geben für — unter diesen Umständen — wertloses Geld. Nach der Statistik der Wirtschaftsabteilung des Moskauer Arbeiterrats sind die Preise einer Anzahl von Industrieprodukten während der letzten drei Jahre wie folgt gestiegen: für Kattun um 1173 Proz., Baumwollene Stoffe um 1233 Proz., Tuch um 1900 Proz., Männerhüte rund 1700 Proz., Anzüge um 900 Proz., kleine Metallwaren um 1900 Proz. usw. usw.

Im Frühjahr 1917 wurde in Petersburg eine Enquete veranstaltet, die die Wirkung der damaligen Lebensmittelpreise ermitteln sollte. Es wurde festgestellt, daß seit dem März 1914, in welchem ebenfalls eine Umfrage bearbeitet war, sich sehr erhebliche Veränderungen vollzogen haben. Als Beispiel werden von dem Blatt „Nowaja Schijn“, dem wir die folgenden Zahlen entnehmen, die Durchschnittsausgaben eines Metallarbeiters des großen Baltischen Wertes in Petersburg angeführt. Während dieser im März 1914 noch 14 Proz. aller seiner Ausgaben für Wohnung, Heizung und Beleuchtung verwenden konnte, verminderte sich dieser Anteil im Frühjahr 1917 auf 8 Proz. Für Kleidung wurden in beiden Fällen 12 Proz. verausgabt. Die Kultur Ausgaben (Vergnügungen, Arzneien, Friseur, Beträge usw.) sanken wiederum von 14 auf 8 Proz. Dagegen stiegen die Ausgaben für die Ernährung von früher 60 auf 72 Proz. Zur Befriedigung der Magenbedürfnisse mußte fast an allen anderen Ausgaben gespart werden. Die Lebensmittelausgaben verlangten fast drei Viertel des ganzen Arbeiterbudgets zu ihrer Verfügung. Es wird kaum jemand glauben, daß sich die Petersburger Arbeiter plötzlich aufs „Essen“ gelegt haben, so daß deren sogar stark erhöhtes Einkommen dazu nicht ausreicht. Die Erklärung der angeordneten Erscheinung liegt in der unerträglichen Steigerung der Preise, wodurch die Lebenshaltung der Arbeiter in sehr große Gefahr geraten ist. Das war schon so im Frühjahr. Seitdem ist eine nichts anders als katastrophale Entwicklung vor sich gegangen. Der Wert des Geldes ist tief herabgesunken, die Preise sind entsprechend weiter in die Höhe gegangen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ist — ungeachtet der vielfach größeren Zahl von Geldzeichen, die sie als Lohn erhalten — außerordentlich kritisch.

N. Grigorjanz.

## Kriegsfürsorge.

### Prämien für Lehrmeister von Kriegsbeschädigten.

Auf Anregung der Handwerkskammern zu Posen und Bromberg hat sich der Kriegsbeschädigten-Fürsorgeausschuß für die Provinz Posen bereit erklärt, den Handwerksmeistern der Provinz für die Aufnahme von Kriegsbeschädigten als Lehrlinge folgende Prämien zu gewähren: bei mindestens einjähriger Lehrzeit 120 Mk., zweijähriger 160 Mk., und dreijähriger 200 Mk. Voraussetzung ist nur, daß die Ausbildung mit Genehmigung des Fürsorgeausschusses begonnen wird. In Fällen, wo die Schwere der Verletzung besondere Schwierigkeiten bei der Ausbildung bereitet, kann auch eine höhere Prämie gewährt werden. Die Lehrverträge werden durch Vermittlung der Kammer abgeschlossen.

Ohne die gute Absicht des Fürsorgeausschusses zu verkennen, müssen wir doch sagen, daß uns dieses Prämienystem schon insofern verkehrt erscheint, als es die längste Dauer der Lehrzeit am besten bewertet und so eine möglichst lange Lehrzeit unwillkürlich begünstigt. Ist die Lehrzeit für Schulentlassene schon meist zu lang, so dürften die Kriegsbeschädigten keinesfalls noch einer dreijährigen Lehrzeit unterworfen werden. Für die Eingehung eines Lehrverhältnisses von Kriegsbeschädigten ist notwendige Voraussetzung, daß sie sich für den betreffenden Beruf hinsichtlich ihrer körperlichen und geistigen Verfassung besonders eignen. Ihre Tätig-

Zeit vor dem Kriege ist bekannt, Berufsberater aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeiter befinden über ihre Eignung für ein bestimmtes Handwerk und sie selber haben ein Urteil darüber, ob die Ergründung des gedachten Berufes ihnen zuzugut. Die Kriegsbeschädigten sind manuell geschickter und bringen ihrer Ausbildung mehr Ernst und Aufmerksamkeit entgegen als Schulenklassen. Diese günstigen Vorbedingungen können bei der Bemessung der Lehrzeit doch nicht unberücksichtigt bleiben. Das wirtschaftliche Interesse der Kriegsbeschädigten, die schon größere Ansprüche an das Leben stellen müssen als sonst die Lehrlinge, und die deshalb auf eine möglichst baldige Verwertung ihrer Arbeitskraft für sich angewiesen sind, erheischt eine tunlichst kurze Lehrzeit. Auch ohne Prämie sind die Lehrmeister an einer möglichst langen Dauer der Lehrzeit von Kriegsbeschädigten stärker interessiert als gewöhnlich. Je länger die Lehrzeit, desto größer der Vorteil, der dem Lehrmeister aus der Ausnutzung unentlohnter Arbeitskraft erwächst. Wenn es schon nach Meinung der Handwerkskammer des Anreizes von Prämien bedarf, um die Handwerksmeister zu veranlassen, Kriegsbeschädigte als Lehrlinge aufzunehmen, so wäre es doch richtiger, die höchste Prämie bei kürzester Lehrzeit zu gewähren; gerade den weniger profitlich veranlagten Lehrmeistern wäre für den Verzicht auf die für den Lehrzweck überflüssige Lehrzeit, die Beschränkung auf das unbedingt notwendige Maß der Lehrzeit, eine Entschädigung zu bieten.

Es selbstverständlich es für die Handwerkskammern ist, daß sie die Interessen der Handwerksmeister vertreten, so selbstverständlich sollte sein, daß die Fürsorgestellten die Interessen der Kriegsbeschädigten in jeder Weise vertreten. Die körperliche und wirtschaftliche Notlage der im Kriege beschädigten jungen Männer darf unter keinen Umständen dahin führen, sie zugunsten von Handwerksmeistern durch unnütz lange Lehrzeit zu benachteiligen.

Sollten sich wirklich keine Handwerksmeister finden, die bereit sind, Kriegsbeschädigte in möglichst kürzester Frist gehörig auszubilden, dann ließen sich un schwer besondere Einrichtungen zur Handwerkslehre schaffen oder bereits vorhandene benützen.

Aufgabe der Arbeitnehmerbeisitzer in den Fürsorgeausschüssen muß es sein, auch in dieser Beziehung den Kriegsbeschädigten zu helfen.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Bäckerverband hat im Oktober 1917 eine neue Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in den Bäckereibetrieben Deutschlands vorgenommen, deren Ergebnis jetzt in der „Bäcker- und Konditorenzeitung“ veröffentlicht werden. Die Erhebung erstreckt sich auf sämtliche in 740 Verbandorten beschäftigten Bäckereiarbeiter, deren Zahl 8333 betrug gegen 33 650 vor Kriegsausbruch. Nehmen wir die letzte Erhebung vor dem Kriege, die im Jahre 1912 stattfand, zum Vergleich, so erhalten wir folgendes Bild der inzwischen eingetretenen Veränderungen. Damals waren 44 282 Personen befragt worden gegen 8333 jetzt. In Kost und Logis beim Arbeitgeber waren damals 59,1 Proz., jetzt dagegen nur 33,0 Proz. Wohnung und halbe Kost beim Arbeitgeber hatten damals 2,4 Proz., jetzt 2,8 Proz., so daß hierin keine nennenswerten Verände-

runge festzustellen war. Beföstigung, aber keine Wohnung beim Arbeitgeber hatten damals 0,2 Proz., jetzt 1,4 Proz., was zweifellos auf die Schwierigkeiten der Ernährungsfrage für den einzelstehenden Arbeiter während des Krieges zurückzuführen ist. Vollständig außerhalb des Kost- und Wohnungszwanges standen damals 34,5 Proz., jetzt dagegen 60,8 Proz. Zuverlässige Schlüsse für die Zukunft lassen sich jedoch nicht aus diesen Ziffern ziehen, weil es sich bei der jetzigen Erhebung vielfach um die älteren Arbeiter handelt, während die jüngeren unter den Fahnen stehen; insbesondere aber auch deshalb, weil jetzt in den Kleinbetrieben nur wenige Geisellen angetroffen sind. Viele der jetzt geschlossenen Kleinbetriebe werden freilich kaum wieder eröffnet werden, vielmehr ist eine weitere sprunghafte Entwicklung der Großbetriebe nach dem Kriege wahrscheinlich, so daß eine weitere Abnahme des Kost- und Logiszwanges im Bäckereigewerbe schon dadurch zu erwarten ist.

Ueber die Entwicklung der Wochenlöhne im Vergleich zu den früheren Erhebungen unterrichtet folgende Tabelle:

Jahr	Insgesamt Befragte	Durchschnittslohn				
		bei voller Kost und Wohnung	bei halber Kost und Wohnung	ohne Kost, aber mit Wohnung	ohne Wohnung, aber mit Kost	ohne Kost und Wohnung
1917	8333	16,66	28,05	37,54	33,16	46,59
1912	44282	10,46	10,50	21,01	17,42	27,75
1910	40844	9,72	11,99	20,78	21,24	26,97
1908	36365	9,66	11,24	19,79	19,88	26,19
1906	31997	9,15	11,51	19,52	19,47	24,82

Die drei Mittelgruppen, die nur eine geringe Zahl der Arbeiter repräsentieren, weisen ja ganz erhebliche Lohnsteigerungen auf, aber bedeutungsvoller ist die Lohnsteigerung in den beiden Hauptgruppen, der ersten und der letzten, die für die in Kost und Logis stehenden Arbeiter 59 Proz. und für die in reinem Parlohn beschäftigten Arbeiter 68 Proz. beträgt. Eine weitere Tabelle der Statistik veranschaulicht die Lohnentwicklung in den Großstädten, wo der Verband eine festgefügte Organisation hat, die eine entschiedene Beeinflussung der Lohnkurve bewirken konnte. Hier sind denn auch die Lohnsteigerungen meistens höher. Wir greifen einige wenige Städte heraus:

Städte	Mit Kost und Logis beim Arbeitgeber		Bei reinem Parlohn	
	1912	1917	1912	1917
Aachen . . . . .	8,98	20,91	24,15	32,61
Berlin . . . . .	15,02	29,34	28,19	64,02
Dresden . . . . .	10,59	17,64	26,98	41,86
Frankfurt a. M. . . . .	12,67	16,—	28,65	39,39
Hamburg . . . . .	16,45	28,05	31,63	51,25
Königsberg . . . . .	9,97	26,92	24,31	44,48
Leipzig . . . . .	12,05	15,50	28,36	43,22
München . . . . .	10,13	16,60	27,76	39,39
Stuttgart . . . . .	8,96	13,78	30,60	39,14

Der Bäckerverband kann zweifellos, wie die Erhebung zeigt, mit guten Resultaten seiner Tätigkeit auch in der Kriegszeit aufwarten.

Der Redakteur der „Böttcherzeitung“, Fritz Soilmann, ist am 22. Dezember 1917 in Bremen

noch immer mitten im mörderischen Kriege die Gegner einer gesunden Sozialpolitik an der Arbeit seien. Nachdem in dieser Weise im Vorwort der Verfasser über das, was die Berufsgenossenschaften in dreißigjähriger Arbeit auf dem Gebiete des Unfallschutzes geleistet hätten, geurteilt habe, werde im ersten Abschnitt erklärt, daß es eine dankbare Aufgabe des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften sein werde, wenn er die Maschinenindustrie durch bindende Abmachungen zur Lieferung ausreichend geschützter Maschinen und Apparate anhalten würde, und daran anschließend folgendes gesagt: „Es steht außer Frage, daß der genannte Verein (Verein Deutscher Maschinenbauanstalten) durch die Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie im eigenen Interesse Einfluß auf den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften in der Richtung zu gewinnen versucht hat, daß die Normal-Unfallverhütungsvorschriften, soweit sie der Maschinenindustrie unbequem erschienen, abgeschwächt würden.“ — Ferner heiße es: „Zudem steht fest, daß man leider in Kreisen großer Industrieverbände und auch in solchen des Maschinenbaues jeder Unfallverhütung abgeneigt ist.“ . . . Hierzu bemerkt der Berichtstatter, daß die Ausführungen des Herrn Urban, die in ähnlicher Weise sich auch in dem Bericht der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1916 befänden, beifällige Aufnahme in der sozialdemokratischen Presse gefunden hätten. Er empfehle, der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft mitzuteilen, daß man mit Bedauern von diesen Ausführungen und unzulässigen Verallgemeinerungen, die geeignet seien, die Interessen der Berufsgenossenschaft zu schädigen, Kenntnis genommen habe, und darum bitten müsse, Herrn Urban hiervon in Kenntnis zu setzen.

In der an diesen Bericht sich anschließenden Aussprache ist man übereinstimmend der Meinung, daß die beanstandeten Ausführungen und Angriffe des Herrn Urban unberechtigt sind und schärfste Zurückweisung verdienen. Der Verband der Berufsgenossenschaften werde jedoch gut tun, wenn er nicht das Amt eines Zensurs übernehme und Herrn Urban durch Vermittlung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft eine „Art Verwarnung erteile“, zumal seinerzeit das Vorgehen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten bei Aufstellung der Normal-Unfallverhütungsvorschriften auch in weiten Kreisen der Berufsgenossenschaften große Mißstimmung hervorgerufen habe. Der Verband werde sich zweckmäßig darauf beschränken, zu erklären, daß er und die Berufsgenossenschaften sich dagegen verwahren müßten, daß sie sich nicht genügend um die Unfallverhütung kümmern und daß sie die in dieser Hinsicht von Herrn Urban erhobenen Vorwürfe mit Entschiedenheit zurückzuweisen seien. Justizrat Dr. Reißer wird gebeten, im Verein mit Direktor Meesmann eine entsprechende Entschliebung zu formulieren.“

Bemerkt sei hierzu, daß die Schriften des Herrn U. außer im „Vorwärts“ auch im Verbandsorgan der „Bäder“ günstige Aufnahme gefunden haben. Und dafür muß er in Acht und Bann getan werden! Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften spricht nun von Angriffen gegen ihn. Solche sind in den Schriften beim besten Willen nicht zu entdecken. U. machte lediglich zur besseren Durchführung des Arbeiterschutzes dem Verbands Vorschläge. Und das müßte dem berufsgenossenschaftlichen Verband, wenn er dem weiteren Ausbau der Unfallverhütung sympathisch gegen-

übersteht, doch nur recht sein. Der Verband der Maschinenindustrieellen wird dagegen mit Recht scharf angegriffen. Statt es diesem Verein zu überlassen, sich mit U. auseinanderzusetzen, fährt man ziemlich schweres Geschütz auf, trotzdem dem Verbands seitens der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft mitgeteilt worden war, daß Urbans Buch eine Privatarbeit und dieser allein für sie verantwortlich sei. Auf der letzten Genossenschaftsversammlung der genannten Berufsgenossenschaft wurde übrigens neben der Tätigkeit des Vorstandes auch die des Aufsichtsbearbeiters und seine Schriften lobend erwähnt, ja sogar der antwortende Vertreter des Reichversicherungsamts meinte, der Bericht des Herrn U. trage hoffentlich dazu bei, daß den Maschinenfabrikanten das Gewissen geschärft würde.

Zum Schluß wollen wir nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein Mann des Arbeiterschutzes, dessen Jahresberichte und erwähnte Werke nicht nur seitens Behörden, seiner Berufsgenossenschaft, sondern auch bei den Versicherten günstige Aufnahme gefunden haben, sich durch ein so kleinliches und übrigens nicht ganz einwandfreies Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht abhalten lassen wird, seinen Weg unbeirrt weiter zu schreiben. Er kann versichert sein, alle Freunde eines wirklichen Arbeiterschutzes dabei auf seiner Seite zu haben. Hierzu zählen in erster Linie die Versicherten. Und im Interesse der Versicherten nehmen wir einen Beamten, der seine Aufgabe richtig erfaßt hat, gegen ein so durchsichtiges Vorgehen, wie es der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften beliebt hat, in Schutz.  
mg.

## Lohnbewegungen.

### Feuerprobe des neuen holländischen Transportarbeiterverbandes.

Am Montag, den 17. Dezember 1917, lag im Rotterdamer Hafen alle Arbeit still. In der Woche zuvor waren 17 Hafendarbeiter entlassen worden, weil sich jeder von der Arbeitsstelle etliche Pfund Speck mitgenommen hatte. Diese Entlassung wurde von syndikalistischen Elementen ausgenutzt, um im Trüben fischen zu können. Und bei dem noch sehr mangelhaft entwickelten Organisationsgeist unter der Hafendarbeiterschaft gelang es ihnen tatsächlich, die in Arbeit stehenden Leute — es sind deren jetzt nur verhältnismäßig wenige — zu einem Solidaritätsstreik zu veranlassen. Gleichzeitig wurde die Parole ausgegeben — und von den meisten Arbeitern befolgt — zum Zeichen des Protestes, sich nicht mehr bei der Kontrollstelle der „Hafenreserve“ zu melden.

Das war ein äußerst unverantwortliches Vorgehen. Denn durch die im verflossenen Sommer geschaffene „Hafenreserve“ wird bekanntlich den Hafendarbeitern generell das Recht auf Arbeit oder entsprechende Entschädigung zugesichert. Doch müssen die Arbeiter sich jeden Tag zur Kontrolle melden. Im Unterlassungsfalle wird die Entschädigung gekürzt. Das eigentlich Gefährliche bei dieser Protestspielerei war aber, daß sie just in die Zeit der Unterhandlungen über Verlängerung oder Nichtverlängerung der Hafenreserve fiel. Die Hafenreserve war zunächst nur für die Dauer eines halben Jahres eingerichtet. Die Arbeiterorganisationen waren nun nicht nur bemüht, die Verlängerung dieser wichtigen, in ihrer Art bisher einzig dastehenden Form von Arbeitslosenentschädigung zu erreichen, sondern auch deren Ausdehnung auf verwandte Berufsgruppen. Daß die in der Schiffs-

im Alter von 75 Jahren gestorben. Er gehörte zu den Gründern des Verbandes; das Fachblatt redigierte er seit 32 Jahren und hat nicht nur seinen engeren Berufskollegen, sondern der gesamten Arbeiterbewegung in einem langen Leben wertvolle Dienste geleistet, die ihm ein dauerndes Andenken sichern.

Der Vorstand des Kürschnerverbandes unterbreitet dem Verbandsmitgliedern eine Vorlage zur Neuregelung der Verbandsbeiträge und der Unterstützungssätze. Bei den letzteren wird das Hauptgewicht auf eine Erhöhung der Unterstützungen bei Streiks und Arbeitslosigkeit gelegt, wozu der gesunkene Geldwert nötig ist. Der Vorstand hat zur Entscheidung der Frage den Verbandstag herbeigeholt, der auch über die Redaktionsführung des Fachorgans zu verfügen haben wird. Der bisherige Redakteur Hegge scheidet wegen Differenzen mit den Verbandsinstanzen aus der Redaktion.

Die „Allgemeine Steinseher-Zeitung“ konnte am 1. Januar ihr 25jähriges Jubiläum feiern; ebenso ihr verdienstvoller Redakteur, Genosse Knoll, der das Blatt während all dieser Jahre geleitet und verstanden hat, aus diesem Organ einer kleinen Arbeitergruppe ein allgemein geachtetes und beachtetes Gewerkschaftsblatt zu machen.

## Arbeiterversicherung.

### Befremdliches Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften gegen einen technischen Aufsichtsbeamten.

Nach dem § 874 der Reichsversicherungsordnung haben die Berufsgenossenschaften bekanntlich für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen. Weiter sind die Genossenschaften nach § 875 der Reichsversicherungsordnung berechtigt und auf Verlangen des Reichsversicherungsamtes verpflichtet, technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen usw. Nach dem letzten Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes haben von 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften 64 insgesamt 388 Stellen für technische Aufsichtsbeamte eingerichtet. Dagegen beträgt die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten bei den 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur 63.

Daß es vielfach Unternehmer gibt, denen der Besuch des technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft ebenso unwillkommen wie der Besuch des Gewerbeinspektors ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Daß es aber dem Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften vorbehalten blieb, gegen einen technischen Aufsichtsbeamten, wie nachstehend geschildert, vorzugehen, muß doch Befremden erregen.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um den technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft, Oberingenieur Urban in Berlin. Sowohl der letzte Jahresbericht dieses Beamten, wie auch zwei von ihm herausgegebene vorzügliche Werke über: „Unfallverhütung in der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft“ und „Unfallverhütung im Fahrstuhlbetrieb“ haben nicht den Beifall des genannten Verbandes gefunden. Das erste Buch ist 1913, das zweite im Februar 1917 erschienen. Namentlich das zuletzt herausgegebene Werk gefällt dem Verband

der Deutschen Berufsgenossenschaften ganz und gar nicht. Und weshalb nicht? Weil der Verfasser eben nicht einseitig die Interessen der Arbeitgeber vertritt, sondern auch die der Arbeiter berücksichtigt. Ehe auf die Stellungnahme des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Herrn Urban gegenüber eingegangen werden soll, seien zunächst noch einige Urteile über die erwähnten Werke auszugswise wiedergegeben.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann schreibt dem Verfasser: „Von der Verlagsbuchhandlung D. Reimer in Berlin ist mir Ihr Buch „Unfallverhütung im Fahrstuhlbetrieb“ übersandt worden. Mit meinem verbindlichen Danke verbinde ich den Wunsch, daß dies Buch gebührende Beachtung finden und zur unschuldigeren Gestaltung des Fahrstuhlbetriebes beitragen möge.“ — Senatspräsident Hartmann vom Reichsversicherungsamt läßt sich u. a. wie folgt aus: „... Das vorliegende Buch von Urban ist ein wertvoller Beitrag zur Erzielung weiterer Fortschritte und verdient daher die volle Beachtung der die Sicherheit der Fahrstuhlanlagen regelnden Behörden und Berufsgenossenschaften, der Fabrikanten und Konstrukteure des Fahrstuhlbaues und der den Fahrstuhlbetrieb beaufsichtigenden Beamten.“ — Geh. Neg.-Rat Frank, vortragender Rat im sächsischen Ministerium des Innern: „Urban's Schrift über „Unfallverhütung im Fahrstuhlbetrieb“ kann als Ergänzung seines 1913 erschienenen Buches über „Unfallverhütung in der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft“ betrachtet werden. Wie dort tritt der Verfasser auf Grund seiner reichen Erfahrungen im Aufsichtsdienste für weitere Ausgestaltung der Unfallverhütung — diesmal auf einem enger begrenzten Sondergebiete — warm und eindringlich ein. ... Nach alledem kann das Studium auch dieses Buch allen warm empfohlen werden, die sich aus Beruf oder Neigung mit dem Arbeiterschutz, der Kräftigung und Erhaltung unserer Volkskraft nach unendlich schweren, verlustreichen Kämpfen gegen die äußeren Feinde zu befassen haben.“ — Ähnliche Urteile liegen noch von hervortragenden Regierungs- und Gewerbeberatern usw. vor. Trotzdem dies auch dem Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht unbekannt ist, hat er doch nicht unterlassen können, unter dem Voritz seines stellvertretenden Vorsitzenden, des Justizrat Wandel, Direktors der Firma Krupp in Essen, gegen den sich um den Ausbau der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes große Verdienste erworbenen Verfasser vorzugehen. In welcher Weise dies geschehen ist, ergibt sich aus der Zeitschrift „Die Berufsgenossenschaft“ Nr. 16, in welcher darüber u. a. folgendes ausgeführt wird:

„Der Vorsitzende berichtet, daß die erwähnte Schrift, die eine Darstellung der Unfallgefahren im Fahrstuhlbetrieb und Vorschläge zu ihrer Beseitigung unter Anführung der Sicherheitseinrichtungen bieten sollte, in ihrem Vorwort, sowie in ihrem ersten Abschnitt Ausführungen enthalte, die das stärkste Befremden hervorrufen müßten. Es werde darin ausgeführt, daß das Feld des Arbeiterschutzes von Grund auf neu bearbeitet werden müsse, daß bei der Unfallverhütung der Arbeiter im allgemeinen von der Mehrzahl nicht die Teilnahme entgegengebracht werde, die vorhanden sei, wenn es sich um Gefahren für die Allgemeinheit oder um die Not des Krieges handele, daß man nicht tatenlos zusehen könne, daß alljährlich eine große Zahl von Menschen bei der Arbeit verstümmelt werde und daß

noch immer mitten im mörderischen Kriege die Gegner einer gesunden Sozialpolitik an der Arbeit seien. Nachdem in dieser Weise im Vorwort der Verfasser über das, was die Berufsgenossenschaften in dreißigjähriger Arbeit auf dem Gebiete des Unfallschutzes geleistet hätten, geurteilt habe, werde im ersten Abschnitt erklärt, daß es eine dankbare Aufgabe des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften sein werde, wenn er die Maschinenindustrie durch bindende Abmachungen zur Lieferung ausreichend geschützter Maschinen und Apparate anhalten würde, und daran anschließend folgendes gesagt: „Es steht außer Frage, daß der genannte Verein (Verein Deutscher Maschinenbauanstalten) durch die Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie im eigenen Interesse Einfluß auf den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften in der Richtung zu gewinnen versucht hat, daß die Normal-Unfallverhütungsvorschriften, soweit sie der Maschinenindustrie unbequem erschienen, abgeschwächt würden.“ — Ferner heiße es: „Zudem steht fest, daß man leider in Kreisen großer Industrieverbände und auch in solchen des Maschinenbaues jeder Unfallverhütung abgeneigt ist.“ . . . Hierzu bemerkt der Berichterstatter, daß die Ausführungen des Herrn Urban, die in ähnlicher Weise sich auch in dem Bericht der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1916 befänden, beifällige Aufnahme in der sozialdemokratischen Presse gefunden hätten. Er empfehle, der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft mitzuteilen, daß man mit Bedauern von diesen Ausführungen und unzulässigen Verallgemeinerungen, die geeignet seien, die Interessen der Berufsgenossenschaft zu schädigen, Kenntnis genommen habe, und darum bitten müsse, Herrn Urban hiervon in Kenntnis zu setzen.

In der an diesen Bericht sich anschließenden Aussprache ist man übereinstimmend der Meinung, daß die beanstandeten Ausführungen und Angriffe des Herrn Urban unberechtigt sind und schärfste Zurückweisung verdienen. Der Verband der Berufsgenossenschaften werde jedoch gut tun, wenn er nicht das Amt eines Jenfors übernehme und Herrn Urban durch Vermittlung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft eine „Art Verwarnung ersteile“, zumal seinerzeit das Vorgehen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten bei Aufstellung der Normal-Unfallverhütungsvorschriften auch in weiten Kreisen der Berufsgenossenschaften große Mißstimmung hervorgerufen habe. Der Verband werde sich zweckmäßig darauf beschränken, zu erklären, daß er und die Berufsgenossenschaften sich dagegen verwahren müßten, daß sie sich nicht genügend um die Unfallverhütung kümmern und daß sie die in dieser Hinsicht von Herrn Urban erhobenen Vorwürfe mit Entschiedenheit zurückzuweisen seien. Justizrat Dr. Reißer wird gebeten, im Verein mit Direktor Meesmann eine entsprechende Entschliebung zu formulieren.“

Bemerkt sei hierzu, daß die Schriften des Herrn U. außer im „Vorwärts“ auch im Verbandsorgan der „Bäder“ günstige Aufnahme gefunden haben. Und dafür muß er in Acht und Bann getan werden! Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften spricht nun von Angriffen gegen ihn. Solche sind in den Schriften beim besten Willen nicht zu entdecken. U. machte lediglich zur besseren Durchführung des Arbeiterschutzes dem Verbände Vorschläge. Und das müßte dem berufsgenossenschaftlichen Verband, wenn er dem weiteren Ausbau der Unfallverhütung sympathisch gegen-

übersteht, doch nur recht sein. Der Verband der Maschinenindustriellen wird dagegen mit Recht scharf angegriffen. Statt es diesem Verein zu überlassen, sich mit U. auseinanderzusetzen, fährt man ziemlich schweres Geschütz auf, trotzdem dem Verbands seitens der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft mitgeteilt worden war, daß Urbans Buch eine Privatarbeit und dieser allein für sie verantwortlich sei. Auf der letzten Genossenschaftsversammlung der genannten Berufsgenossenschaft wurde übrigens neben der Tätigkeit des Vorstandes auch die des Aufsichtsbekanntmachers und seine Schriften lobend erwähnt, ja sogar der anwesende Vertreter des Reichsversicherungsamts meinte, der Bericht des Herrn U. trage hoffentlich dazu bei, daß den Maschinenarbeitern das Gewissen geschärft würde.

Zum Schluß wollen wir nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein Mann des Arbeiterrechts, dessen Jahresberichte und erwähnte Werke nicht nur seitens Behörden, seiner Berufsgenossenschaft, sondern auch bei den Versicherten günstige Aufnahme gefunden haben, sich durch ein so kleinliches und übrigens nicht ganz einwandfreies Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht abhalten lassen wird, seinen Weg unbeirrt weiter zu schreiten. Er kann versichert sein, alle Freunde eines wirklichen Arbeiterschutzes dabei auf seiner Seite zu haben. Hierzu zählen in erster Linie die Versicherten. Und im Interesse der Versicherten nehmen wir einen Beamten, der seine Aufgabe richtig erfaßt hat, gegen ein so durchsichtiges Vorgehen, wie es der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften beliebt hat, in Schutz.  
mg.

## Lohnbewegungen.

### Feuerprobe des neuen holländischen Transportarbeiterverbandes.

Am Montag, den 17. Dezember 1917, lag im Rotterdamer Hafen alle Arbeit still. In der Woche zuvor waren 17 Hafenarbeiter entlassen worden, weil sich jeder von der Arbeitsstelle etliche Pfund Speck mitgenommen hatte. Diese Entlassung wurde von syndikalistischen Elementen ausgenutzt, um im Trüben fischen zu können. Und bei dem noch sehr mangelhaft entwickelten Organisationsgeist unter der Hafenarbeiterschaft gelang es ihnen tatsächlich, die in Arbeit stehenden Leute — es sind deren jetzt nur verhältnismäßig wenige — zu einem Solidaritätsstreik zu veranlassen. Gleichzeitig wurde die Parole ausgegeben — und von den meisten Arbeitern befolgt — zum Zeichen des Protestes, sich nicht mehr bei der Kontrollstelle der „Hafenreserve“ zu melden.

Das war ein äußerst unverantwortliches Vorgehen. Denn durch die im verflochtenen Sommer geschaffene „Hafenreserve“ wird bekanntlich den Hafenarbeitern generell das Recht auf Arbeit oder entsprechende Entschädigung zugesichert. Doch müssen die Arbeiter sich jeden Tag zur Kontrolle melden. Im Unterlassungsfall wird die Entschädigung gekürzt. Das eigentlich Gefährliche bei dieser Protestspielerei war aber, daß sie just in die Zeit der Unterhandlungen über Verlängerung oder Nichtverlängerung der Hafenreserve fiel. Die Hafenreserve war zunächst nur für die Dauer eines halben Jahres eingerichtet. Die Arbeiterorganisationen waren nun nicht nur bemüht, die Verlängerung dieser wichtigen, in ihrer Art bisher einzig dastehenden Form von Arbeitslosenentschädigung zu erreichen, sondern auch deren Ausdehnung auf verwandte Berufsgruppen. Daß die in der Schiffs-

im Alter von 75 Jahren gestorben. Er gehörte zu den Gründern des Verbandes; das Fachblatt redigierte er seit 32 Jahren und hat nicht nur seinen engeren Berufskollegen, sondern der gesamten Arbeiterbewegung in einem langen Leben wertvolle Dienste geleistet, die ihm ein dauerndes Andenken sichern.

Der Vorstand des Kürschnerverbandes unterbreitet den Verbandsmitgliedern eine Vorlage zur Neuregelung der Verbandsbeiträge und der Unterstützungssätze. Bei den letzteren wird das Hauptgewicht auf eine Erhöhung der Unterstützungen bei Streiks und Arbeitslosigkeit gelegt, wozu der geringere Geldwert nötig ist. Der Vorstand hat zur Entscheidung der Frage den Verbandstag berufen, der auch über die Redaktionsführung des Fachorgans zu verfügen haben wird. Der bisherige Redakteur Hegge scheidet wegen Differenzen mit den Verbandsinstanzen aus der Redaktion.

Die „Allgemeine Steinseher-Zeitung“ konnte am 1. Januar ihr 25jähriges Jubiläum feiern; ebenso ihr verdienstvoller Redakteur, Genosse Kroll, der das Blatt während all dieser Jahre geleitet und verstanden hat, aus diesem Organ einer kleinen Arbeitergruppe ein allgemein geachtetes und beachtetes Gewerkschaftsblatt zu machen.

## Arbeiterversicherung.

### Befremdliches Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften gegen einen technischen Aufsichtsbeamten.

Nach dem § 874 der Reichsversicherungsordnung haben die Berufsgenossenschaften bekanntlich für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen. Weiter sind die Genossenschaften nach § 875 der Reichsversicherungsordnung berechtigt und auf Verlangen des Reichsversicherungsamts verpflichtet, technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen usw. Nach dem letzten Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts haben von 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften 64 insgesamt 388 Stellen für technische Aufsichtsbeamte eingerichtet. Dagegen beträgt die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten bei den 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur 63.

Daß es vielfach Unternehmern gibt, denen der Besuch des technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft ebenso unwillkommen wie der Besuch des Gewerbeinspektors ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Daß es aber dem Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften vorbehalten blieb, gegen einen technischen Aufsichtsbeamten, wie nachstehend geschildert, vorzugehen, muß doch Befremden erregen.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um den technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft, Oberingenieur Urban in Berlin. Sowohl der letzte Jahresbericht dieses Beamten, wie auch zwei von ihm herausgegebene vorzügliche Werke über: „Unfallverhütung in der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft“ und „Unfallverhütung im Fahrstuhlbetrieb“ haben nicht den Beifall des genannten Verbandes gefunden. Das erste Buch ist 1913, das zweite im Februar 1917 erschienen. Namentlich das zuletzt herausgegebene Werk gefällt dem Verband

der Deutschen Berufsgenossenschaften ganz und gar nicht. Und weshalb nicht? Weil der Verfasser eben nicht einseitig die Interessen der Arbeitgeber vertritt, sondern auch die der Arbeiter berücksichtigt. Ehe auf die Stellungnahme des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Herrn Urban gegenüber eingegangen werden soll, seien zunächst noch einige Urteile über die erwähnten Werke auszugsweise wiedergegeben.

Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann schreibt dem Verfasser: „Von der Verlagsbuchhandlung D. Reimer in Berlin ist mir Ihr Buch „Unfallverhütung im Fahrstuhlbetrieb“ überandt worden. Mit meinem verbindlichen Danke verbinde ich den Wunsch, daß dies Buch gebührende Beachtung finden und zur unsichereren Gestaltung des Fahrstuhlbetriebes beitragen möge.“ — Senatspräsident Hartmann vom Reichsversicherungsamt läßt sich u. a. wie folgt aus: „... Das vorliegende Buch von Urban ist ein wertvoller Beitrag zur Erzielung weiterer Fortschritte und verdient daher die volle Beachtung der die Sicherheit der Fahrstuhlanlagen regelnden Behörden und Berufsgenossenschaften, der Fabrikanten und Konstrukteure des Fahrstuhlbaues und der den Fahrstuhlbetrieb beaufsichtigenden Beamten.“ — Geh. Reg.-Rat Frank, vortragender Rat im sächsischen Ministerium des Innern: Urbans Schrift über „Unfallverhütung im Fahrstuhlbetrieb“ kann als Ergänzung seines 1913 erschienenen Buches über „Unfallverhütung in der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft“ betrachtet werden. Wie dort tritt der Verfasser auf Grund seiner reichen Erfahrungen im Aufsjichts-dienste für weitere Ausgestaltung der Unfallverhütung — diesmal auf einem enger begrenzten Sondergebiete — warm und eindrucksvoll ein. ... Nach alledem kann das Studium auch dieses Buch allen warm empfohlen werden, die sich aus Beruf oder Neigung mit dem Arbeiterschutz, der Kräftigung und Erhaltung unserer Volkskraft nach unendlich schweren, verlustreichen Kämpfen gegen die äußeren Feinde zu befassen haben.“ — Ähnliche Urteile liegen noch von hervorragenden Regierungs- und Gewerberäten usw. vor. Troßdem dies auch dem Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht unbekannt ist, hat er doch nicht unterlassen können, unter dem Vorsitz seines stellvertretenden Vorsitzenden, des Justizrat Wandel, Direktors der Firma Krupp in Essen, gegen den sich um den Ausbau der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes große Verdienste erworbene Verfasser vorzugehen. In welcher Weise dies geschehen ist, ergibt sich aus der Zeitschrift „Die Berufsgenossenschaft“ Nr. 16, in welcher darüber u. a. folgendes ausgeführt wird:

„Der Vorsitzende berichtet, daß die erwähnte Schrift, die eine Darstellung der Unfallgefahren im Fahrstuhlbetrieb und Vorschläge zu ihrer Beseitigung unter Anführung der Sicherheitseinrichtungen bieten sollte, in ihrem Vorwort, sowie in ihrem ersten Abschnitte Ausführungen enthalte, die das stärkste Befremden hervorrufen müßten. Es werde darin ausgeführt, daß das Feld des Arbeiterschutzes von Grund auf neu bearbeitet werden müsse, daß bei der Unfallverhütung der Arbeiter im allgemeinen von der Mehrzahl nicht die Teilnahme entgegengebracht werde, die vorhanden sei, wenn es sich um Gefahren für die Allgemeinheit oder um die Not des Krieges handele, daß man nicht tatenlos zusehen könne, daß alljährlich eine große Zahl von Menschen bei der Arbeit verstümmelt werde und daß

vereinigung organisierten Unternehmer nicht gerade erpicht auf eine wesentliche Erhöhung der Hafenereserve-Kosten waren, läßt sich denken. Offenes Geheimnis war aber, daß der Finanzminister Treub je länger, je mehr einen „Hefel“ an den staatlichen Ausgaben für die Hafenereserve bekommen hatte. Mit einem Wort: Durch den unsinnigen Proteststreik zugunsten des Rechts auf Diebstahl stand die Verlängerung und erst recht die Ausdehnung der Hafenereserve auf dem Spiel.

In einer, von den Vorständen der fünf fusionierten Verbände veranstalteten öffentlichen Versammlung gelang es jedoch, die Streikenden von der Gefährlichkeit ihres Tuns zu überzeugen. Gleichzeitig konnte ihnen als Resultat der mit den Unternehmern und den Regierungs- und Gemeindevorstehern gepflogenen Verhandlungen mitgeteilt werden, daß die „Hafenereserve“ vorläufig bis Ende März verlängert und auf rund zweieinhalb Tausend verwandte Berufsgenossen ausgedehnt werde, wogegen die Entschädigungsätze um ein Geringes ermäßigt würden. Die Wiedereinstellung der 17 Entlassenen war nicht zu erreichen. Die Versammelten erklärten sich mit den Ausführungen der Organisationsleiter einverstanden. Die Arbeit wurde am nächsten Tag wieder aufgenommen und die Arbeitslosen meldeten sich wieder zur Kontrolle.

Der Versuch der Syndikalisten, in die fusionierten Verbände einen Keil zu treiben, noch bevor die Verschmelzung in aller Form erfolgt war (sie trat erst mit dem 1. Januar in Kraft), ist also vereitelt.

p. w.

### Anderer Organisationen.

#### Steiger und Industriebeamten.

Wie die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ berichtet, ist eine Vereinbarung zwischen dem Bunde der technisch-industriellen Beamten und dem Steigerverband getroffen worden, wonach den Mitgliedern des Steigerverbandes das Organ des Bundes geliefert werden soll. Das Blatt wird sich der besonderen Interessen der Steiger annehmen, und die von ihm behandelten allgemeinen Angestelltenfragen betreffen ja die Grubenbeamten ebenso sehr wie die Bundesmitglieder. Der Bund wird auch den Mitgliedern des Steigerverbandes freien Rechtsrat erteilen. Ueber die Frage der Verschmelzung beider Verbände soll nach dem Kriege verhandelt werden.

Wir halten diese Verständigung für eine sehr glückliche. Die Steiger haben in ihren Organisationsbestrebungen mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt als die übrigen Gruppen der Privatangestellten und sie werden durch eine künftige Anlehnung an den Bund eine wertvolle Stütze in ihrem Kampfe haben können.

### Mitteilungen.

#### Quittung

über die im Monat Dezember 1917 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge:

Verb. d. Gärtner für 1916 . . . . .	198,35 M.
„ „ Bergarbeiter für 1., 2. und 3. Quartal 1917 . . . . .	9852,55 „
„ „ Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter für 2. Qu. 1917 . . . . .	880,—
„ „ Bauarbeiter für 3. Qu. 1917 . . . . .	4208,75 „

Verb. d. Buchbinder für 3. Qu. 1917 . . . . .	779,— M.
„ „ Kupferschmiede für 3. Qu. 1917 . . . . .	167,90 „
„ „ Maler für 3. Qu. 1917 . . . . .	384,45 „
„ „ Tapezierer für 3. Qu. 1917 . . . . .	99,20 „
„ „ Chorsänger für 3. u. 4. Qu. 1917 . . . . .	200,— „
„ „ Metallarbeiter für 1917 . . . . .	37964,44 „

Berlin, den 9. Januar 1918.

Germann Kube.

### Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Als Mitglieder haben sich gemeldet:

Berlin:	Schubert, Emil, Angestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes.
„	Sidler, Artur, Freier Schriftsteller.
„	Kaulfuß, Louis, Gewerkschaftsangeestellter.
„	Kleemann, Ernst, Gewerkschaftsangeestellter.
„	Schmidt, Anna, Kontorangestellte.
„	Weiß, Karl, Gewerkschaftsangeestellter.
Würzburg:	Jhing, Sebastian, Gewerkschaftsangeestellter.

### Literarisches.

#### Neuerschienene Bücher und Schriften.

##### Statistische Literatur.

- Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1915. Bearbeitet im Reich. Statist. Amt. 1,60 M. Karl Heymanns Verlag, Berlin.
- Schweden. Arbeitseinstellungen im Jahre 1916. 65 S.
- Lebenshaltungskosten in Schweden. 1913—14: Nalms. 88 S. Stockholm.

##### Kriegs-Literatur.

###### a) Politische Schriften.

- J. Borchardt. Friede, Freiheit, Brot und parlamentarisches System. 16 S. 40 Pf. Fr. W. Grunow, Leipzig.
- Fr. Naumann. Der deutsche Volksstaat: Der Kaiser im Volksstaat. 56 S. 1,20 M. Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“) G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.
- Dr. Fr. Rothensfelder. New Yorker Kampf um Wahrheit und Frieden. 140 S. J. P. Himmer, Augsburg.
- J. Pfenge. Die Revolutionierung der Revolutionäre. 184 S. 3,60 M. Der Neue Geist-Verlag, Leipzig.
- Zur Reform des preussischen Wahlrechts. Neben von Dr. Damme, v. Dewitz, Giesberts, Dr. Genzmer, Hiersemenzel, Dr. v. Schwabach u. a. in der Freien Vaterländischen Vereinigung. 55 S. 40 Pf. Otto Liebmann, Berlin.

###### b) Kriegswirtschaftliche Schriften.

- Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen der Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslbens. 1. Abt.: England. Bearbeitet von E. Schuster und Dr. H. Wehberg. XVI u. 398 S. — Dritte Abt.: Japan. Bearbeitet von Konful L. Ulrich. IX u. 183 S. Kommissionsverlag von Gust. Fischer, Jena.
- Dr. R. Kuczynski. Unsere Finanzen nach dem Kriege. 31 S. 1,40 M. Jul. Springer, Berlin.
- F. Moos. Eisen und Kohle in Frankreichs Zukunftsaussichten. (Aus „Stahl und Eisen“.) Düsseldorf.